Vorlage AWL 17-2011

ANTRAG

TOP

FDP

Die Stadtratsfraktion

GREMIUM	UNTERZEICHNER, BERICHTERSTATTER
Ausschuss für Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten	Herr Dr. Köppen

BETREFF

Gelände an der Grünstraße: Wohnungsbauliche Nutzung statt unerwünschter Gefängnis-Nutzungsvarianten

GEWÜNSCHTE BERATUNG (DATUM, GREMIUM)	ABSTIMMUNGSERGEBNIS
10.03.2011 Ausschuss für Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten	

ANTRAGSTEXT ALS BESCHLUSSEMPFEHLUNG

Der Ausschuss für Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten beauftragt die Verwaltung, in Gesprächen mit der Landesregierung bzw. den zuständigen Stellen, die Dislozierung des Gefängnisses zu initiieren und die Möglichkeiten zu erkunden das Gelände an der Grünstraße mittelbar oder unmittelbar zum Zwecke innerstädtischer Wohnbebauung zu erwerben.

ANTRAGSBEGRÜNDUNG

In den letzten Wochen wurde öffentlich in der Bevölkerung und in der örtlichen Presse die Planung der rot-grünen Landesregierung diskutiert, psychisch gestörte Gewalt- und Sexualverbrecher im bisherigen Frauen-Abschiebegefängnis der JVA Düsseldorf an der Grünstraße in Neuss unterzubringen.

Diese Diskussion ließ u.a. die Distanz der Neusser Bevölkerung zu diesem Projekt, aber auch zu diesem Gefängnis und seine innerstädtische Lage sowie den daraus erwachsenden unerwünschten Gefängnis-Nutzungsvarianten erkennen. Auch in anderen NRW-Kommunen gibt es in ähnlichen Fällen ähnliche Widerstände.
Es erscheint daher sinnvoll, zu anderen Lösungen zu kommen.
Hierfür bietet sich an, eine Dislozierung der Gefängnisräumlichkeiten anzustreben und das jetzige Gefängnisgelände einer anderen Nutzung zuzuführen, z.B. einer innerstädtischen Wohnbebauung.

Dem kommt entgegen, dass es seit einiger Zeit für das Land nicht ungewöhnlich ist, landeseigene stadtzentrale Baulichkeiten wie Finanzämter, Gerichte, Gefängnisse und affine Einrichtungen sowie Verwaltungsgebäude zu veräußern und die Erlöse für weniger stadtzentrale „Niederlassungen“ zu verwenden, die preiswerter sind, weniger Platznöte aufweisen und sonstige Vorteile haben.

In ähnlicher Weise könnte das Land das Gelände an der Grünstraße in Neuss (z.B. für innerstädtische Wohnbebauung) veräußern. Die Lagegunst dieses Geländes wird von Fachleuten als attraktiv erachtet. Es könnte auch für Aktivitäten der GWG oder des Neusser Bauvereins reizvoll sein, die bereits ihr Interesse haben erkennen lassen.

Am Rande der letzten Planungsausschusssitzung hat der Fach-Beigeordnete Stefan Pfitzer abstrakt darauf hingewiesen, dass für einen evtl. Erwerb des Gefängnisgeländes und einer nachfolgenden Vermarktung in der Sache der Ausschuss für Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten zuständig sei.